

II-5222 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

1983 03 31

Z. 11 0502/39-Pr.2/83

*2438/AB**1983-04-06  
zu 2457/J*

An den  
 Herrn Präsidenten  
 des Nationalrates  
 Parlament  
 1017 W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten Heinzinger und Genossen vom 10. Feber 1983, Nr. 2457/J, betreffend Ausgaben für Inserate, Broschüren und sonstiges Werbematerial der Bundesregierung sowie Meinungsumfragen, beehe ich mich mitzuteilen:

Wie bereits in der Einleitung zur Beantwortung der analogen Fragen an den Herrn Bundeskanzler von diesem festgestellt wurde, möchte auch ich betonen, daß es sich bei den erwähnten Maßnahmen fast ausschließlich um Ausgaben handelt, die in der gleichen Weise in jedem Jahr aufgewendet werden. Sie dienen zur Information der Steuerzahler und der Bezieher von Familienbegünstigungen sowie über Maßnahmen der Familienförderung. Anderes, noch nicht in den Vorjahren herausgegebenes Informationsmaterial, wie etwa die Vereinsbroschüre, ist durch die Erlassung neuer steuerlicher Regelungen begründet und kommt einem dringenden Bedürfnis der Betroffenen nach.

Zu 1 - 3):

Bezüglich dieser Anfrage erlaube ich mir, auf die Anlagen A, B und C zu verweisen.

Zu 4):

Seitens meines Ressorts wurden in der betroffenden Zeit keine Plakataktionen durchgeführt. Weiters werden bis 24.4.d.J. keine Plakate in Auftrag gegeben.

Zu 5 - 7):

Am 14.2.1983 erhielt das IFES-Institut vom Bundesministerium für Finanzen den Auftrag, eine Befragung unter dem Titel "Information über die Zinsenertragsteuer" durchzuführen. Die Befragung erfolgt im Februar/März 1983. Die Kosten werden sich auf ca. 700.000 S belaufen.

- 2 -

Am 14.12.1982 erhielt die Inter-Management Sozialforschung und Organisationsberatung Ges.m.b.H. vom Bundesministerium für Finanzen den Auftrag zur Durchführung einer Studie über "Kommunikationswiderstände zwischen Fiskus und Steuerpflichtigen im Hinblick auf das Steueramnestiegesetz und Kommunikationsstrategie für das Steueramnestiegesetz". Diese Studie wird im April 1983 abgeschlossen sein. Die Kosten werden ca. 400.000 S betragen.

Zu 8):

Auf gesondertes Verlangen bin ich grundsätzlich bereit, das Ergebnis von Meinungsumfragen zur Verfügung zu stellen.

*Müller-Pfeiffer*